

festlegte, überschätzt worden. Die neue Anleihe in Höhe von 7,5 Milliarden \$, zu der die amerikanische Regierung schreitet, wird mit 4% ausgestattet. 4 Milliarden sind als Vorschüsse für die Verbündeten bestimmt. Der Rest dient zur Hinaufkonvertierung der schon begebenen Obligationen zu $3\frac{1}{2}\%$.

In Italien wurde ein neuer Vorschuß von 40 Mill. \$ gewährt, während England einen Kredit von 50 Mill. \$ erhielt.

Der Gesamtbetrag der seit Eintritt in den Krieg von der Regierung den Verbündeten gewährten Kredite ist auf 1966 Mill. \$ angewachsen.

In Spanien beliefen sich die fiskalischen Einnahmen für Juli auf 91,08 Mill. Pesetas und ergaben gegen den gleichen Monat des Vorjahres ein Mehr von 4,57 Mill. Pesetas.

Die Kriegsausgaben Portugals betragen insgesamt 5000 Mill., monatlich erreichen sie die Summe von 50 Mill. Alle Silber- und Kupfermünzen sind beschlagnahmt und durch Banknoten ersetzt worden.

Die provisorische Regierung in Griechenland legte, wie jetzt bekannt wird, bei ihrer Errichtung eine innere Anleihe von 25 Mill. Dr. auf, die zum größten Teil von der Banque d'Athènes und von Reedern in Syra und Andros übernommen wurde. Sie diente zur Deckung der Verwaltungs- und Mobilisierungskosten. Der Zinsfuß beträgt $5\frac{1}{2}\%$. Die Zolleinnahmen von Mithlene, Samos und Chios wurden für ihre Bedienung verpfändet. Die Anleihe soll künftig in den Staatshaushalt eingestellt werden.

Die Devisenkurse auf London zeigen am 6. August ein Agio von 36,5 in Italien, 39,7 in Lissabon, 8,6 in Paris, 132,6 in Petersburg, 13,2 in Rio de Janeiro und 29,5 in Valparaiso. Das Disagio stellte sich auf 6 in Amsterdam, 4,3 in Buenos Aires, 14,8 in Christiania, 13,3 in Kopenhagen, 17,7 in Madrid, 5,1 in Montevideo, 2,3 in New York, 23,5 in Stockholm, 13,1 in der Schweiz. Die Entwertung des Franken hat in Holland 14,06%, in der Schweiz 23,42% erreicht.

Dr. Stichel

Japans Sieg in China

(Fortsetzung zu Nr. 33 vom 17. 8. 17. Vgl. auch Nr. 21. 24 und 30)

Seit Abschluß der vorigen Nummer ist die offizielle Kriegserklärung der Chinesischen Regierung gegen Deutschland erfolgt. Ministerpräsident Tuan hat also doch gewagt, den schwerwiegenden Schritt auf eigene Verantwortung zu unternehmen. Damit setzt sich die Regierung über die provisorische Verfassung hinweg und bringt sich in schärfsten Gegensatz zum demokratischen Süden.

Dieses Vorgehen deutet darauf hin, daß sich Tuan stark genug fühlt, um mit Hilfe des Kriegszustandes die Militärdiktatur zu errichten und ganz China unter seine Gewalt zu beugen. Und Tuan ist Japan. Bereits in Nr. 25 vom 25. Juni war versucht, dies nachzuweisen. In den einleitenden Ausführungen des Aufsatzes in der vorigen Nummer war diese Tatsache, allerdings noch ohne die der Fortsetzung vorbehaltenen Unterlagen, deutlich gemacht. Inzwischen trafen neue Zeitungen aus Japan ein. Vor dem japanischen Parlament haben Terautsch und Motonos für ihre auswärtigen und besonders ihre China-politik Ende Juni eintreten müssen, und sie haben in ihrer Rechtfertigung offen zugegeben, daß Tuan nach japanischen Instruktionen handelte und daß Japan es war, das die Kriegserklärung von China verlangte. Japan wollte, wie Terautsch erklärte, nicht nur ein Zuschauer in Chinas gegenwärtiger Lage sein, sondern bemühte sich, die „Nachbarrepublik in ihren nationalen Angelegenheiten auf den rechten Weg zu führen“.

Dieses offene Bekenntnis, abgegeben in einer Stunde, da — kurz vor der unerwarteten Errichtung des Kaisertums durch Tschang Hsun, den unabhängigen Diktator — Chinas Verhältnisse dem Außenstehenden als hoffnungsloser Wirrwarr erscheinen mußten, sollte offenbar in der japanischen Öffentlichkeit, die, von Okumas Heße gegen Terautsch verleitet, an der Zielbewußtheit der Terautschpolitik zu zweifeln begann und um Japans Stellung in China und im Osten überhaupt besorgt wurde, das Vertrauen stärken und beruhigend wirken. Diese hochinteressanten Kammerverhandlungen über die äußere Politik Japans, darunter auch Motonos Erklärung, daß Japan Kiautschau und die Südseeinseln

festhalten wolle, sind uns von Reuter nicht übermittelt worden. Sie werden im Verlauf dieses Berichtes noch ihren Platz finden.

Die gegenwärtige Situation in China ist also: Japan errichtet durch Tuan die Militärdiktatur in China. Japan stellt damit Amerika vor vollendete Tatsachen. Offenbar, wie wir noch sehen werden, im Einverständnis mit England, das sich — um der japanischen Bündnistreue, des unentbehrlichen Drucks auf Rußland und der erweiterten Flottenunterstützung willen — den japanischen Aspirationen auf die Vormacht im Osten gebeugt hat.

Auch Amerika wird wohl die bittere Pille schlucken. Jedenfalls wird Wilson die Folgen seiner Kriegsbeteiligung für die amerikanische pazifische Politik jetzt klar erkennen. Die japanische Mission wird dafür sorgen, daß ihm kein Zweifel bleibt. Wir Deutsche dürfen aus dieser Situation keine falschen Hoffnungen schöpfen. Auch Japan ist nicht allmächtig im Osten, der Friedensschluß ist nicht mehr weit und bringt Amerika und England die Aktionsfreiheit zurück. Das weiß Japan und deshalb übernimmt es sich nicht. Es erpreßt nicht mehr, als es behaupten kann, bzw. als äußerstenfalls die anderen ihm auch nach dem Kriege nicht gleich wieder streitig machen werden. Für die weitere Zukunft aber rüstet man sich.

Unnötig können wir zur systematischen Darstellung der inneren Krise zurückkehren. Mit der Auflösung des Parlamentes setzt die Periode der

Militaristenherrschaft ein. Um hier zum richtigen Verständnis zu gelangen, müssen wir etwas zurückgreifen.

Die Regierungsgewalt in den Provinzen ist geteilt zwischen den Zivilgouverneuren (für die gesamte Zivilverwaltung) und den Militärgouverneuren (Tschuns). Beide unterstehen direkt der Zentralregierung und werden von ihr ernannt. Neben diesen haben aber die Provinzparlamente einen kontrollierenden Einfluß. Die Tschuns, deren viele noch von der schönen Kaiserzeit träumten, da sie mit fürstlicher Stellung und Selbstherrlichkeit regierten, haben es als Befehlshaber der Truppen und da-

mit Inhaber der eigentlichen Gewalt größtenteils verstanden, den Zivilgouverneur unter ihren Einfluß zu bringen, so daß bei den Sutschuns meist die wirkliche Macht in den Provinzen liegt. Um diese Macht zu erhöhen, unterhalten sie vielfach neben den staatlichen regulären noch irreguläre Truppen. Besonders stark scheint der Kaisertums Erneuerer Tschang Hsun hierin gewesen zu sein. Seine in der chinesischen Presse wiedergegebene Charakteristik erinnert außerordentlich an Wallenstein. Es liegt auf der Hand, daß diesen Sutschuns die Kontrolle der Provinzparlamente außerordentlich peinlich war, noch peinlicher, als das in Freiheitsphrasen sich erschöpfende Peking Reichsparlament.

Nun ging das Streben des Reichsparlaments bei Beratung der endgültigen Verfassung dahin, ein richtiges parlamentarisch-regierungssystem einzuführen in der Weise, daß das Reichsparlament die Zentralregierung, die Provinzparlamente die Provinzregierungen beaufsichtigen sollten. In diesem Streben waren sich beide führenden Parteien, die radikale Kuomintang- und die gemäßig-liberale Tschinputang-Partei, bis in die Anfänge der Krise einig. Eine derartige Gestaltung der neuen Verfassung mußte natürlich den Widerstand der Militärgouverneure aufstacheln. Aber auch die konservativ gerichteten Verwaltungsbeamten und alle besonnenen, ehrlich patriotischen Elemente, soweit sie noch nicht von westlichen, unverdauten Ideen angekränkt waren, konnten derartig übertriebene, der kulturellen Reife Chinas weit vorausseilende Ziele nicht billigen.

So lag eine Grundstimmung vor, deren geschickte Ausnutzung Japan seinen jetzigen Sieg in China über Amerika, das mit der Demokratie arbeitete, ermöglichte.

Schon vor dem ersten Schritt Amerikas, der die innere Krise eröffnete, hatte sich eine große Zahl von Sutschuns zu einer Konferenz zusammengefunden. Es ist bezeichnend, daß es der damalige Vizepräsident Feng war, der ihnen durch den Vorwand seiner Geburtstagsfeier eine unauffällige Gelegenheit dazu bot. Unter Vorsitz des Zivilgouverneurs von Anhui, des Generals Ni Schih-tschung, — des Hauptagitators der Militärrevolution und des Zivilkollegen des Militärgouverneurs von Anhui und späteren Diktators Tschang Hsun, — traten die Sutschuns zu einer Geheimberatung in Nanking zusammen, um gemeinsam folgende Ziele zu verfolgen: Entlassung gewisser unbequemer Minister, Stützung Suan Tschih-juis, Beschränkung und Beaufsichtigung des Parlaments. Der Vizepräsident, der an den Beratungen teilgenommen hatte, wollte sich nicht compromittieren und veranlaßte die Übersiedlung der Konferenz nach Hutschufu. Ni Schih-tschung trat sogar im Verlauf der Beratungen bereits für Auflösung des Parlaments, Revision der Verfassung, Bestrafung unbotmäßiger Parlamentarier ein. Die Verschwörer bemühten sich, den mächtigen und gefürchteten Tschang Hsun ebenfalls für sich zu gewinnen, um dann so gestärkt gemeinsam die Forderungen dem Präsidenten zu unterbreiten. An der Loyalität Tschang-Hsuns scheiterte der Plan.

Als nun Amerika die Kriegsfrage in China aufgerollt hatte, und Suan Tschih-jui im Verfolg seiner weitergehenden, japanisch gefärbten Kriegspolitik auf immer größere Schwierigkeiten stieß, machte er den Versuch, mit Hilfe der parlamentsfeindlichen Sutschuns den Widerstand des Parlaments zu besiegen. Anfang April lud er die Militärgouverneure zu einer Militärkonferenz nach Peking ein, deren Zustandekommen anfangs wegen der überwiegenden Gegnerschaft der Sutschuns gegen die Kriegsbeteiligung zweifelhaft erschien, die aber endlich am 25. April zusammentrat und gleich in erster Sitzung nach den Vorträgen der Minister Suan Tschih-jui Kriegsresolution annahm. Es ist bezeichnend, daß neben anderen auch der oben erwähnte Ni Schih-tschung, der noch kurz vorher scharf gegen die Kriegspolitik opponiert hatte, sich jetzt Suans Politik voll anschloß. Ebenso bezeichnend ist, daß

der Vizepräsident Feng, damals (nach zweimaligem Umfall) Gegner der Kriegsbeteiligung, und der spätere Diktator Tschang Hsun der Konferenz fern blieben. Auch der Süden war nicht voll vertreten. Immerhin waren die Mehrzahl der Sutschuns erschienen und andere hatten Vertreter entsandt.

Wie die Peking Gazette v. 16. 5. mitteilt, soll Suan den Sutschuns erklärt haben, daß es sich nur um eine theoretische, keine wirkliche Kriegsbeteiligung handele. Außerdem scheint Suan die korrekten Elemente durch Hinweis auf die Notwendigkeit der nationalen Einheit, die bei längerem Verzögern der Kriegsbeteiligung durch das Intrigenspiel der Mächte gefährdet sei, gewonnen zu haben. Jedenfalls war es bereits vor der Sitzung Suan gelungen, die der Kriegsbeteiligung abgeneigten Militärs zu dem Zugeständnis, in dieser Frage keine Opposition zu machen, zu bewegen. Da die Konferenz unter dem Vorwand militärischer Beratungen über die Reorganisation der Armee und Entlassung von Truppen zwecks Minderung der Heeresausgaben berufen war, ist es außerdem möglich, daß er auch mit Zugeständnissen in militärischen Fragen manchen Opponenten gewonnen hat. Suans Absichten, ebenso wie die des hinter ihm stehenden Japan, laufen ja offenbar auf eine Stärkung des Heeres hinaus, so daß durch Hinweise auf die hierfür zu erwartenden japanischen Gelder mancher Sutschun seine sonstigen Bedenken fallen gelassen haben mag. Vor allem hat offenbar auch die Ausnutzung der Gegnerschaft gegen die parlamentarische Regierungsform Suan geholfen, die bestehenden militärischen Bedenken gegen eine antideutsche Politik zu überwinden. In letzterer Hinsicht ist charakteristisch, daß ein Telegramm des Petersburger Botschafters über einen möglichen russischen Sonderfrieden den Wunsch laut werden ließ, mit der Einreichung der Kriegsresolution beim Parlament noch zu warten, bis die russische Lage sich geklärt habe. Selbstverständlich bemühten sich auch die Gesandten der Alliierten um die Sutschuns und luden sie abwechselnd ein.

Die Verhandlungen wurden in die Länge gezogen, weil Suan die Anwesenheit der Sutschuns als Druck auf das Parlament brauchte, in dem trotz Anwendung aller Mittel, Überredung, Drohung und Bestechung die Mehrheit für die Kriegserklärung nicht zu gewinnen war. Im Gegenteil, der militärische Rückhalt, den sich Suan geschaffen, verursachte im Parlament die wachsende Furcht vor Diktaturplänen Suans und damit steigende Opposition.

Am 7. Mai machte der Ministerpräsident dem Verhandeln ein Ende und unterbreitete dem Parlament folgende Kriegsresolution:

„Der Präsident hat die Ehre, dem Hause der Abgeordneten folgenden Vorschlag zu unterbreiten. Seit Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland hat Deutschland fortgesetzt, die Rechte der neutralen Nationen zu verletzen und unserem Volke an Leben und Eigentum Schaden und Verlust zu bereiten, wie auch das internationale Recht mit Füßen zu treten und die Grundsätze der Humanität zu mißachten. Um den Frieden zu beschleunigen, das internationale Recht aufrecht zu erhalten und Leben und Eigentum unseres Volkes zu schützen, ist der Präsident der Ansicht, daß es notwendig ist, der deutschen Regierung den Krieg zu erklären. Gemäß Artikel 35 der provisorischen Verfassung wendet er sich jetzt an das Haus um seine Zustimmung und fordert gemäß Artikel 21 der provisorischen Verfassung, daß die Beratung — im Haus in geheimer Sitzung stattfindet.“

Als das Parlament die Beratung ablehnte, da das (reduzierte) Kabinett erst reorganisiert werden mußte, veranstaltete Suan am 10. Mai nach Vorbild Yuan Schih-kais eine Volksdemonstration gegen das Parlament. Dieser Akt klärte manche südlichen Sutschuns, die sich bisher als Mitschläger hatten benutzen lassen,

über Suans Ziele auf und, als in der Folge die Militärkonferenz sogar die Parlamentsauflösung beschloß, reisten die Gemäßigten des Südens ab. Sie begaben sich größtenteils nach Nanjing zum Vizepräsidenten Feng.

Nun erfolgt ein charakteristischer Schritt Suans und der Militaristen. Die „Zentralregierung“ (bestehend nur noch aus Suan und einem „acting Minister“, einem vom Parlament nicht verfassungsgemäß bestätigten, provisorisch ernannten und amtierenden Minister) wandte sich an einige ihnen wertvolle Tuttschuns in den Provinzen mit einem Telegramm, das ihre Zustimmung zu folgenden Schritten forderte: 1. Auflösung des Parlaments, 2. Entfernung des Präsidenten, falls er Zustimmung verweigert, 3. Bestrafung der „schlechten“ Männer um den Präsidenten usw.

Die Aufdeckung dieses Schrittes erfolgte durch den loyalen Tschang Hsun, der den Präsidenten durch Boten davon verständigte und den Militärrebelln eine scharfe Absage erteilte. Das Urteil der Peking Gazette v. 14. 5. über diesen Akt Suans bleibt denkwürdig: „Wir haben — rechtlich und tatsächlich — keine Regierung mehr, und das bedeutet letzten Endes, daß wir hier einem Staatsstreich oder einer Revolution gegenüberstehen. Nach der provisorischen Verfassung ist das gegenwärtige Rumpfkabinet Suan Tschis-juis verfassungswidrig“ Nachdem „Suans, des kleinen Usurpatoren“, Vorgehen dem „Yuan Schih-kais, des großen Usurpatoren“, gegenübergestellt ist, heißt es zum Schluß: „Wir glauben, daß die fernere Annahme der Gewalt durch diese beiden Männer sie des Hochverrats schuldig macht.“

Nachdem Suan noch einige Tage vergeblich versucht hatte, den Widerstand des Parlaments zu brechen, wurde er am 22. 5. vom Präsidenten seines Amtes enthoben. An die Stelle des japanisch orientierten Suan tritt der frühere Botschafter in Washington Wu Ting-fang.

Es folgen die von Suan und seinem Militäranghang inszenierten Unabhängigkeitserklärungen der Provinzen: Schili, Schensi, Anhui, Schantung, Fengtien, Hupeh, Honan, Tschekiang, Mukden, Fukien als Protest gegen die „verfassungswidrige Entlassung Suans und anschließend am 3. 6. die Gründung der „provisorischen Regierung“ in Tientsin durch die Militärrebelln, bei der Ni Schih-tschung von Anhui Hauptbeher ist, während Suan leitet und Hsu Schu-tscheng, der bereits unter drei Regierungsformen Premierminister war, als Haupt vorgeschoben wird. Sich der Rebellen ist die englische Niederlassung in Tientsin. Der Präsident wendet sich in dieser Not an Tschang Hsun am 2. 6., von dessen Loyalität und Sankraft er, trotz der bekannten und nie verhehlten monarchischen Gesinnung, allein noch Rettung erhofft. Tschang Hsun verlangt große Vollmachten und zögert zu kommen. Die Verschwörer fürchten, daß Tschang Hsun kommen und ihnen das Spiel verderben könnte, zumal unter ihnen selbst jetzt Uneinigkeit ausbricht. Die Einigkeit bestand zwar gegenüber dem Parlament und seinem Verfassungsprogramm, aber als sie jetzt sich selbst als Herren der Lage zu fühlen beginnen, kommen der Streit um die leitenden Stellungen und die verschiedenartigen, mehr oder weniger reaktionären Forderungen zum Ausbruch.

Immerhin einigte man sich auf folgende Forderungen an den Präsidenten: Parlamentsauflösung, Revision der Verfassung unter Aufhebung der provisorischen Verfassung, Beseitigung der unerwünschten Umgebung des Präsidenten (Wu Ting-fang?). Für den Rücktritt des unbequemen Präsidenten zugunsten des Vizepräsidenten gab es zwar Stimmen, aber die Furcht vor diesem zu allem bereiten, aber auch gefährlichen Intriganten überwog. Monarchische Tendenzen konnten ebenfalls sich nicht in den Vordergrund drängen.

Der Präsident bleibt fest und lehnt das Ansinnen ab. Er-

mutigt wird er durch die wachsende Gegenbewegung im Süden und die amerikanische Note v. 6. 6.

Nun kommt neue Farbe in das Bild durch das Eintreffen Tschang Hsun in Tientsin am 7. 6., der gleichzeitig, zunächst 1000 Mann, in der Folge bis zu 5000 Mann seiner gefürchteten Soldateska in Peking einzuziehen läßt, ein Akt, den die Militärrebelln Suans nicht vorzunehmen wagten, anscheinend weil Japan das nicht zuließ, um sich nicht vor seinen Verbündeten und vor dem chinesischen Volk durch offene Gewaltakte zu compromittieren. Dem von allen Parteien als lauter anerkannten, als Republikaner zu Amerika hinneigenden Präsidenten Li Yuan-hung sollte das Odium der Parlamentsauflösung angehängt werden, daher mußten offene Gewaltakte im Interesse Japans unterbleiben, ebenso wie Japan ja auch den außerparlamentarischen Putsch Suans v. 10. Mai mißbilligte.

Tschang Hsun kam also nach Tientsin, schon im voraus monarchischer Umtriebe verdächtigt von seinem Kollegen Ni Schuh-tschung, aber nichtsdestoweniger feierlich begrüßt. Sals sah man auch, da die Lage des Präsidenten sich, wie wir gesehen, gebessert hatte, seine Unterstützung nicht ungern. Er handelt jetzt selbständig. Er sah sofort ein, daß nach der Sezession der Schinputang-Partei aus den beiden Häusern in Peking nach Tientsin als „provisorisches Parlament“ und nach der Abreise vieler englischer Parlamentarier in die Heimat oder nach Schanghai, wo sich ein drittes südliches Parlament zu bilden begann, die Lage des Rumpsparlaments in Peking nicht zu halten war. Er kannte aber auch nur zu genau die teils persönlichen, teils auf Chinas Auslieferung an Japan hinauslaufenden Ziele der Militärrebelln. Er war, wie er sagte, als Friedensmacher gekommen und er ergriff die Zügel sofort mit fester Hand. Am 8. 6. unterbreitet er dem Präsidenten folgendes Ultimatum: 1. Parlamentsauflösung, 2. Neubildung eines verantwortlichen Kabinetts, 3. Stärkung der Stellung des Präsidenten, und zu diesem Zweck Ernennung einer neuen Verfassungskommission, 4. Auflösung der Provinzparlamente, 5. Bestrafung korrupter Beamten und Amnestie für die Monarchisten.

Wie man sieht, ein antiparlamentarisches, konservatives Programm, aber trotzdem noch loyal gegen den Präsidenten und die Republik. Die Kriegsbeteiligungsforderung fehlt. Der Präsident, beraten von Wu Ting-fang und dem amerikanischen Gesandten, lehnt die Forderung ab. Die Gegenbewegung im Süden wächst. General Tang Hsi-Yao von Yunnan versucht die Organisation einer provisorischen Gegenregierung des Südens. In Kwangtung und Kwangsi Truppenkonzentrationen, in Schensi und Tschekiang werden die Militaristen vertrieben, Yunnan, Szetschwan Hunan und Kweitshau schließen sich der Opposition an.

Da macht Tschang Hsun kurzen Prozeß und droht mit Gewaltakt. Dem beugt sich der Präsident.

Mit Annahme des obigen Programms, Rücktritt des Premiers Wu Ting-fang und Parlamentsauflösung am 13. Juni war Amerikaner Niederlage in China besiegelt.

Tschang Hsun ist Trumpf, und er zwingt dem Präsidenten, im Einverständnis mit einem Teil der Rebellen-generale, am 20. 6. folgendes Programm auf:

1. Errichtung eines verantwortlichen Kabinetts.
2. Einsetzung einer Verfassungskommission.
3. Einkammersystem mit verminderter Abgeordnetenzahl an Stelle der bisherigen zwei Kammern.
4. Amnestie für die Monarchisten und Entlassung gewisser Beamten aus der Umgebung des Präsidenten.

Des Südens wegen verzichtet Tschang-Hsun auf sofortige Aufhebung der provisorischen Verfassung und dauernde Beseitigung der Provinzparlamente. Auch jetzt fehlt die Kriegsbeteiligungsforderung.

Während hieraufhin die Nordprovinzen ihre Unabhängigkeitserklärungen zurückziehen, gehen jetzt die Südprominzen damit vor.

Nunmehr versucht der Vizepräsident Feng mit einer patriotischen Mahnung an alle secessionierenden Provinzen des Nordens und Südens zur Einheit und Regierungstreue sich in den Vordergrund zu schieben. Er möchte Vermittler spielen, um sich so unauffällig an die Stelle des Präsidenten zu schieben, dessen ehrliche Natur dem Intrigenspiel der Machthaber und der Fremdmächte nicht gewachsen war. Im Japan Advvertiser v. 10. 6. findet sich die Behauptung, daß Tuan Tschijui schon gleich nach Eintreffen Tschang Hsun in Tientfin beschloffen habe, mit dem Süden und mit Feng Fühlung zu suchen.

Auf alle Fälle. — Dieser Bund zwischen Tuan und Feng kam jedenfalls im weiteren Verlauf der Dinge zu Stande, wohl unter der gemeinsamen Furcht vor Tschang Hsun. Die innere Entwicklung der nächsten Zeit läßt sich noch nicht genau feststellen, da die entsprechende chinesische Presse noch fehlt. Aber wir wissen, daß Tschang Hsun nunmehr den Versuch machte, durch

Errichtung des Kaiserreichs

die Lage zu retten. Am 2. Juli erfolgte die Kaiserproklamation. Bemerkenswert ist, daß die japanische Botschaft dem weichenenden Präsidenten ihre Tore als Zuflucht öffnete. Doch Tschang Hsun hatte seine Kräfte überschätzt. Denn nun ließen ihn die Militärrebellanten im Stich. Neben den Protesten aus dem Süden war es als erster der Gouverneur der Provinz Tschili, in der Peking liegt, der sich gegen die Dynastie erklärte. Tuan als Führer des Nordens, Feng als Führer des Südens setzten ihre Truppen gegen Peking in Bewegung. Am 9. 7. dankt der Kaiser ab, am 13. 7. kapitulieren seine Truppen und Tschang Hsun muß sich in die holländische Gesandtschaft flüchten.

Damit war Tuan Herr der Lage. Am 17. Juli zieht er in Peking ein. Bald kommt auch Feng Kuotshang, um als Lohn für seine Beihilfe die Präsidentschaft übertragen zu erhalten. **Japans Sieg ist entschieden.** —

Es läßt sich nicht übersehen, ob Tschang Hsun sein monarchisches Zwischenspiel ganz aus eigener Initiative vorgenommen hat. Die Entente behauptet, daß deutscher Einfluß hinter ihm gestanden hätte. Aber das hat sie noch jedem vorgeworfen, der ihr irgendwie unbehagen war. Wahrscheinlicher ist es, daß Tuan und Japan Tschang Hsun's Wadzischentreten nicht ganz unwillkommen war. Denn nun konnte man es ihm überlassen, den durch seine verfassungsmäßige Korrektheit sehr unbehaglichen, überdies nach Amerika neigenden Präsidenten abzusetzen, so daß die Bahn für den traitablen Vizepräsidenten Feng frei wurde, der als Mann des Südens ebensogut zur Maskierung der zu errichtenden Militärautokratie gegenüber dem Süden und den „demokratischen“ Ententemächten geeignet war. So erscheint Tschang Hsun's Kaisertraum zwar nicht als von Japan gewollt, aber doch als geschickt benutzt. Tuan, der Vergewaltiger des Parlaments und Hochverräter, wie ihn Peking Gazette genannt hat, kann bei seiner Rückkehr als Retter der Republik sich und seine Diktatur in Szene setzen. Welche Ironie! Daß freilich die führenden Demokraten sein Spiel durchschauen, beweist eine Reutersmeldung aus Peking v. 3. Juli, wonach Sun Yat-sen die Begründung der Monarchie begrüßt habe, da sie einer zweifelhaften Republik vorzuziehen sei. Und unterm 20. 7. meldet Havas aus Shanghai, daß die radikale Kuomintang-Partei auf Veranlassung von Sun Yat-sen ein Manifest erlassen habe, wonach sie zwar die Kriegsbeteiligung — als programmgemäße Bekämpfung des militärischen Prinzips — billige,

aber gegen Tuan Tschijui sich erkläre, der selbst ein Vertreter des Militarismus sei.

Das Risiko, das Japan damit einging, daß es Tschang Hsun gewähren ließ, war nicht groß: Denn zu einem dauernden Erfolg gehört Geld, viel Geld. Woher sollte Tschang Hsun die Mittel haben? Er ist zwar, wie „Peking Gazette“ mitteilt, sehr reich. In seiner Provinz und selbst darüber hinaus besitzt er zahllose Unternehmungen und über 20 einheimische Banken. Aber damit läßt sich kein Dauerregiment in China errichten, zumal nicht, wenn die Gegner vom Ausland kräftig subventioniert werden.

Von deutscher Seite waren solche große Mittel, wie nötig waren, auch nicht zu beschaffen. Vom demokratischen Amerika war ebenfalls nicht zu befürchten, daß es für den Parlaments- und Präsidentenvertreiber Geld gab. So war ein frühes Ende des Kaisertums und der chinesischen Unabhängigkeitsidee vor auszusehen.

* * *

Die ganze Geschichte der inneren Krise Chinas lehrt, im Gegensatz zu der vielfach laut gewordenen Ansicht, deutlich, daß Chinas innere Politik, soweit sie über den provinziellen und lokalen Rahmen hinausgeht, also die innere Politik des Reiches mehr wie je abhängt und geleitet wird vom Geld der Fremdmächte. Die inneren Machthaber können sich nur mit Hilfe einer Fremdmacht halten und durchsetzen, für die sie nur als Hilfsmittel und Deckmantel dienen. In früheren Zeiten wurde die finanzielle Abhängigkeit vom Auslande abgeschwächt durch die Konkurrenz der Mächte, deren Ausnutzung einer geschickten Regierung sogar eine gewisse Selbständigkeit zu verschaffen vermochte. Im Verlauf des Krieges blieben nur noch Amerika und Japan als Wettbewerber. Mit Amerikas Kriegsbeteiligung aber erstarkte die japanische Stellung. Das Selbstbewußtsein und die Aktionslust Japans wuchsen, und auch die leitenden chinesischen Männer, namentlich die Militärführer erkannten die wachsende Übermacht Japans. Hierin scheint der Grund für den Anschluß des Ministerpräsidenten Tuan Tschijuis an Japan zu liegen. Er und die Männer des chinesischen Generalstabes beschloffen den Militäranschluß an Japan. Die Idee des von Japan zu führenden Chinas, eines Bundes auf militärischer Basis gewann den Sieg und hat sich durchgesetzt. Was Graf Okuma mit seiner Gewaltpolitik nicht erreichen konnte, das hat die geschickte, nach außen zurückhaltende, aber von innen heraus wühlende Politik des militärischen Terautschi erreicht.

Das ist die Bedeutung des Tuan-Sieges für China. Mit dieser Lage müssen die Mächte für die Zukunft rechnen.

Die Politik der Mächte in China

seit Beginn der Krise ist schon zum Teil in den früheren Aufsätzen (Nr. 21, 24, 30) und in der vorausgegangenen Darstellung der inneren Krise in der vorigen und dieser Nummer klargestellt worden. Ausführlichere Unterlagen sind daher nur noch für Amerika, dessen Vorgehen die Krise eröffnete, und vor allem für Japan zu erbringen.

Das Eigenartige am ganzen Intrigenspiel ist, daß die beiden Hauptakteure Japan und Amerika sich selbst durch den politischen Grundsatze des „non interference“, der Nichteinmischung in innerchinesische Angelegenheiten, die Hände gebunden haben. Beide Regierungen können daher ihre Politik nur indirekt, durch Vorschreibung chinesischer Mittelspersonen vertreten.

Diese Beschränkung der Aktionsfreiheit wurde in der japanischen Öffentlichkeit, die im Gegensatz zur amerikanischen

weniger Wert auf schöne Freundschafts- und Menschheitsphrasen, als auf realpolitische Erfolge legt, schwer empfunden, um so schwerer, je günstiger durch die zunehmende Kriegsbehinderung Amerikas die Lage für eine japanische Raubpolitik wurde. Aber die unterirdische Tätigkeit der Regierung in China verlautete nur wenig, und auch das wurde meist prompt demontiert. Obwohl hierdurch — zumal die Okumapartei diese Lage gegen Terautschi rücksichtslos ausbeutete — die Stellung der japanischen Regierung gefährdet wurde, bewahrte diese, des Erfolges sicher, „ihr Gesicht“. Ihr Ziel, China ganz unter japanischen Einfluß zu bekommen, verlangte, daß nach außen hin der Grundsatz des „non interference“, des neutralen Wohlwollens streng gewahrt wurde. Um so systematischer freilich intrigierte es durch seine chinesischen Vertrauenspersonen und um so rücksichtsloser förderte man die private wirtschaftliche Durchdringung.

Weniger geschickt operierte Amerika und erleichterte dadurch, daß es die Aufmerksamkeit auf sich lenkte, Japans Intrigenspiel. Immerhin zwang auch Amerika sein Grundsatz der Nichteinmischung, nach Möglichkeit mit Vertrauenspersonen zu arbeiten. Das Schicksal dieser Personen auf der offenen Bühne kennzeichnet daher den Verlauf des Streites hinter den Kulissen.

Nunmehr können wir zur Einzelbarstellung übergehen. Da Amerika den Stein ins Rollen brachte, betrachten wir zunächst die amerikanische Politik

Für die zurückliegende Zeit seien die Daten kurz ins Gedächtnis gerufen. Gleich nach seinem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland am 3. Februar erließ Amerika seine Aufforderung an die Neutralen, seinem Beispiel zu folgen. Am 9. Februar war China von den Amerikanern soweit bearbeitet, daß es die Uboot-Note an Deutschland sandte. Gegen eine wachsende Opposition im Lande und die Festigkeit des Präsidenten Li Yuan-lung konnten weitere Schritte zunächst nicht durchgeführt werden, trotzdem das gesamte Ministerium und der Vizepräsident für den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland gewonnen waren. Erst durch des Ministerpräsidenten Sezession nach Tientsin wurde der Präsident gefügig gemacht und danach, als inzwischen am 11. März die deutsche Antwort eingetroffen war, am 14. März der Bruch mit Deutschland im Parlament mit Mühe und Not durchgedrückt. Jetzt ward Japans Gegenpolitik wirksam. Es gab Tuan geheime Anweisung, auch die Kriegserklärung durchzudrücken. Unter Vorschubung der Ententepresse wurde dafür Stimmung gemacht. Amerika selbst hatte inzwischen auch den Kriegszustand erklärt, sodaß es von China logisch hierin Gefolgschaft fordern mußte, wenn es auch keinen Wert auf einen Anschluß an die anderen Ententemächte legte.

Japan hatte überdies dafür gesorgt, wie wir noch sehen werden, daß China den Mächten vor dem Bruch mit Deutschland Bedingungen vorlegte, deren Erfüllung weder diesen genehm war noch von ihm selbst nachher zugestanden wurde. So blamierte Japan Amerika und die Verbündeten dadurch, daß diese nach erfolgtem Bruch ihre Versprechungen nicht erfüllen konnten und wollten, während Japan, das nur geheim mit Tuan verhandelt hatte, den Ahnungslosen spielen konnte. Es kam die Periode der zunehmenden inneren Opposition gegen Tuans Kriegspolitik, der antiparlamentarische Putsch Tuans. Immer blieb Japan im Hintergrund und, wenn auch ein Blatt, wie Peking Gazette, Japans Spiel durchschaute, für die breite Masse in China blieb Tuan doch mehr der Ententemann, der, wie Peking Gazette sagte, seine Hände mit Ententegold füllen wollte, um das nächste Parlament mit Mitgliedern zu füllen, die bei der nächsten Präsidentenwahl für ihn stimmen würden. Man verargte daher der Entente und Amerika, nicht Japan, daß sie durch Aufrollung der Kriegsfrage China in innere Wirren gestürzt hatten.

Amerika stützte in der Folge den Süden und die Demokraten. Es hatte den Geschmack an der Kriegspropaganda verloren. Mit Tuans Sturz und seiner Ersetzung durch den ehemaligen Gesandten in Amerika, Wu Ting-fang, schien dann Amerikas Einfluß zu siegen. Doch die Freude war kurz. Tuans Militärpartei war stärker. Der streng republikanische Präsident suchte bei der großen Schwesterrepublik Amerika Schutz und für ihn sandte kurz vor dem Zusammenbruch der Demokratie in China Wilson am 6. 6. seine Warnnote, die in Japan und — England ungünstig aufgenommen ward. Da der Text bisher nur zum kleinen Teil veröffentlicht wurde, sei er hier figiert:

„Die Regierung der V. St. hört mit tiefsten Bedauern von dem Zwist in China und möchte ihren aufrichtigsten Wunsch ausdrücken, daß Ruhe und politische Ordnung sofort wiederhergestellt werden. Der Eintritt Chinas in den Krieg mit Deutschland — oder die Beibehaltung des status quo für seine Beziehungen mit Deutschland — sind Fragen von minderer Wichtigkeit.

Das Haupterfordernis für China ist jetzt, seine politische Einheit wiederzugewinnen und zu bewahren und so auf dem Wege zur nationalen Entwicklung, die solchen bemerkenswerten Fortschritt gemacht hat, vorwärts zu schreiten.

Un der Regierungsform Chinas oder den Personen, die diese Regierung bilden, haben die Vereinigten Staaten nur insofern ein Interesse, als ihre freundschaftlichen Beziehungen sie verlassen, China zu Diensten zu sein. Aber an der Aufrechterhaltung einer zentralen und allein verantwortlichen Einheitsregierung in China sind die Vereinigten Staaten sehr interessiert und sprechen daher ihre innigste Hoffnung aus, daß China im eigenen Interesse und dem der Welt unmittelbar seine politischen Parteistreitigkeiten bei Seite setzt und daß alle Parteien und Personen mitarbeiten an der Wiederaufrichtung einer einheitlichen Regierung und der Einnahme des Platzes unter den Weltmächten, den China mit Recht beanspruchen kann, dessen volle Wahrung aber unmöglich gemacht wird durch die inneren Wirren.“

Das kann nicht anders als eine Intervention zugunsten des Präsidenten und Wu Ting-fangs und eine Warnung an die Tuan-Leute und — Japan aufgefaßt werden. In diesem Sinne wurde die Note vom Präsidenten auch sympathisch aufgenommen. Ebenso urteilt die Peking Gazette v. 5. 6., die zugleich darin einen Wink sieht, daß den Rebellen generalen „der Zutritt zu gewissen Gesandtschaften in Peking zum Zwecke, deren Anerkennung für die politische Monstrosität ihrer in Tientsin in Bildung begriffenen provisorischen Regierung zu gewinnen, untersagt werde“. Das zielt auf England und Japan. Die Kuomintang-Partei gibt ihrer Freude über Amerikas Note und ihrer Enttäuschung über Japan Ausdruck, von dem man eine Stütze des Präsidenten erwartet hätte.

Diese offenkundig gegen das non intereference Prinzip verstößende Note verpuffte wirkungslos. Wilsons phrasengefüllene Note brachte Amerika nichts ein als die Offenbarung der amerikanischen Ohnmacht, denn schon wenige Tage darauf mußte der amerikanische Ministerpräsident gehen und der Präsident sich der japanisch-geleiteten Militärpartei beugen. Auch ohne das weitere Schicksal der Note in Japan und England, von deren ablehnender Haltung noch zu reden sein wird, zu berücksichtigen, wird dieser Mißerfolg Wilsons ein Markstein in der Geschichte der amerikanisch-chinesischen Beziehungen bleiben. Er kennzeichnet Japans Sieg über die Vereinigten Staaten in China.

Die Schwächung des amerikanischen Einflusses hatte aber schon vorher in zwei finanzwirtschaftlichen Fragen von größter Bedeutung für Amerika sich kundgetan.

Zwei Finanzgruppen haben im Kriege die Führung der wirtschaftlichen Interessen Amerikas in den Vereinigten Staaten übernommen: die American International Corporation (Konzern der New Yorker National City Bank), in deren Gefolgschaft sich eine große Zahl bedeutender amerikanischer Unternehmen, darunter die große Ingenieurfirma Siemens-Carey Co. befindet, und der Bankkonzern der Continental & Commercial Trust & Savings Bank of Chicago.

Letztere hatte Ende 1916 bereits der chinesischen Regierung mit 5 Mill. Gold-\$ ausgeholfen. Im Frühjahr sollte die Bankgruppe, wie als bestimmte Meldung in der Presse aller Länder verbreitet wurde, weitere 25 Mill. Gold-\$ für den Ausbau des Kiangnan Arsenal und den Bau einer Schiffswerft in Kiangnan hergegeben haben. Jetzt hat J. J. Abbott, der Vertreter der Bank, der Peking Gazette am 7. Juni bei der Abreise aus China erzählt, daß „die jetzigen inneren Wirren es unausführbar erscheinen lassen, diese Geschäfte jetzt zum Abschluß zu bringen“. Es sei aber „ein beträchtlicher Fortschritt gemacht“ und die Bank „habe die Regierungsvertreter verständigt, daß wir, sobald die jetzigen unbeständigen inneren Verhältnisse zufriedenstellend geordnet sind, diese Geschäfte in Peking oder Washington wieder aufzunehmen bereit sind.“ Dabei hat Abbott „trotz aller Wirren großes Vertrauen in die Kreditwürdigkeit Chinas“. Dem Vertreter des Japan Advokaten (15. Juni) erzählt er darüber erstaunliches: Es sei über eine große Anleihe von 400 Mill. \$ (gar Gold-\$?) verhandelt und man würde zu günstigerer Zeit darauf zurückkommen; alsdann sei das Risiko einer China-Anleihe nicht größer als das einer französischen oder englischen Anleihe (England wird über diese amerikanische Einschätzung seines Kredites erfreut sein). Die Chicagoer Bankiers widersprechen Lindsay Russells (Vorsitzender der New Yorker Japan Society, betrifft kürzlich in Tokio gefallene Äußerung) Ansicht, daß China dreifach Bankrott sei: politisch, moralisch und finanziell. Bei diesen Aussichten und Absichten Abbotts ist es um so merkwürdiger, daß er nicht mal lumpige 25 Mill. \$ an China riskieren wollte. Seine bombastischen Erklärungen in Japan, wo ihm übrigens von der höflichen Regierung ein großes Diner gegeben wurde, scheinen nur dazu bestimmt, den Mißerfolg zu verdecken. Denn wenn je, dann hatte Amerika gerade in der Zeit vor der amerikanischen Note allen Anlaß, durch eine große Anleihe seinen Vertrauensmann Wu Ting-fang zu stützen. Selbstverständlich ohne Dokumentierung dieser Absicht, denn frei nach Wilson: „Die Beziehungen der Bank zur chinesischen Regierung sind rein geschäftlicher Natur. Wir verfolgen keine politischen Ziele, erstreben keine Konzessionen.“ Ergebnis: die Chicagoer Bank zieht sich aus dem seinerzeit unvermittelt mit großer Reklame und Wilsons offizieller Sanktion unternommenen Chinageschäft „auf unbestimmte Zeit“ zurück, bis — ja bis Wilsons Mundwerk über Terautschis Schwert gesiegt hat.

Während die Chicagoer Bank rein amerikanisch ist und „von der Bewegung für ein Zusammengehen mit Japan nicht berührt wird, da solche Gemeinschaft auf die breite Basis gemeinsamer Kapitalinvestitionen in Konzessionen und Industrieunternehmen“ gestellt sein muß, während die Bank nur „unpolitische“ Kredite an die Regierung geben will, hat die American International Corporation bereits im Frühjahr ihre Interessen in China durch Heranziehung japanischer Bankiers zu sichern gesucht, indem sie an ihrer fetten Konzession für den Ausbau des Kaiserkanals (Be- und Entwässerung riesiger Gebiete) die Japaner ohne Gegenleistung halbpant beteiligte. Das scheint aber kein Schutz für die Bahnkonzessionen der A. J. C., bzw. der Siemens-Carey Co., gewesen zu sein. Wie Japan Advokate v. 30. 6. berichtet, sah sich der amerikanische Gesandte Ende Juni veranlaßt, beim Verkehrsministerium zu

protestieren gegen die Verzögerung des Abschlusses der Verhandlungen über die beiden neuen Bahnkonzessionen der Siemens-Carey Co. (1. Strecke Tschutshau in Hunan bis Kinschau in Kwangtung; 2. Schantiafu in Honan bis Hsianghang in Hupeh). Der Gesandte warf den Behörden mangelnden Eifer und einigen Beamten sogar Behinderung des Abschlusses der Geschäfte vor. Darauf veröffentlichte die Regierung den ganzen Schriftwechsel am 27. 6., welches Verfahren als ohne Vorgang in diplomatischen Kreisen großes Aufsehen erregte. Anscheinend ist dies durch den von den Militaristen dem Präsidenten als Ministerpräsident aufgezwungenen General Kiang Tschao-Tschung geschehen. Nach chinesischer Darstellung wollten die Amerikaner die Bedingungen für die als Gegenleistung ausbedungene 6 Mill. \$ Anleihe angesichts des durch die Kriegsbeteiligung verschlechterten amerikanischen Geldmarktes geändert haben, worüber dann keine Einigung erzielt werden konnte. Ob nun wirklich die amerikanischen Finanzschwierigkeiten, oder, was nach obigem näher liegt, japanische Umtriebe den Abschluß hindern, jedenfalls bleibt die Tatsache, daß selbst der um japanische Freundschaft werbende Konzern der American International Corporation bei der japanisch orientierten Regierung Mißerfolg hat. Das ist ein schlechter Anfang des amerikanisch-japanischen Wirtschaftsbundes der Hochfinanzleute.

Schwere Mißerfolge auf politischem und finanziellem Gebiet, — das ist das Ergebnis der amerikanischen Aktion für Demokratie und Völkerrecht in China. Wir können mit dieser Strafe zufrieden sein. Freilich waren es ja nicht allein antideutsche Absichten, die Amerikas Vorgehen leiteten. Vielmehr suchte Amerika gleichzeitig auch die

japanische Politik

zu behindern. Die Hineinziehung Chinas in den Krieg gehörte zweifellos zu dem Programm der großen „demokratischen“ Weltunion und Welt demonstration gegen den „preußischen Militarismus“. Aber daneben dachte Wilson auch mit Sorge daran, daß China infolge der amerikanischen Kriegsbeteiligung und Behinderung schutzlos den japanischen Aspirationen preisgegeben sein würde und wünschte China als Verbündeten und stimmberechtigtes Mitglied der zukünftigen Friedenskonferenz vor Japans Expansionsgelüsten möglichst zu sichern. Hierin glaubte es, sowohl den Absichten der chinesischen Regierung wie Englands zu entsprechen. Ob diese Spekulation berechtigt war, läßt sich nicht sicher übersehen. Aber zumindest haben im Verlauf der Ereignisse die chinesische Regierung wie England sich mit Japans Zielen in China abgefunden, wodurch Amerikas antijapanische Politik scheiterte.

Wir geben zunächst kurz die Datenfolge der für die japanische Politik kennzeichnenden Vorgänge:

- Anfang Februar. China fragt bei Japan an, wie es sich zum Bruch Chinas mit Deutschland stellen würde.
10. „ Motonos Antwort: Japan würde die chinesische Regierung nötigenfalls bei Bewahrung der Ordnung unterstützen, vorausgesetzt, daß die besondern Interessen Japans gewahrt würden.
- Anfang März. Suan will Japan telegraphisch noch nicht genehmigten Abbruchbeschuß mitteilen. Konflikt mit Präsidenten. Suan geht nach Peking.
6. „ Suan kehrt zurück, da Präsident Bruch mit Deutschland genehmigt.
14. „ Bruch im Parlament durchgedrückt, Kriegsbeteiligungsagitation beginnt.
- Im „ General Wang zur Ordensüberbringung an den Mitado nach Tokyo. Verkehrsminister

in Tokio zur chinesisch-japanischen Durchgangsverkehrskonferenz.

April. Kupferaufkauusanleihe Japans aufgehoben. Anschließend (Paolishyndikat) Bestechungsaffäre des Vizefinanzministers und Beseitigung des Finanzministers, Verkehrsministerstafandal.

Ende „ Militärfonferenz beginnt und wird von Japan in der Folge gefördert.

22. Mai. Suans Sturz.

17. Juli. Suans Rückkehr nach Peking.

Die Erläuterungen dieser Daten sind in den früheren Ausführungen genügend enthalten. Nunmehr seien noch einige charakteristische Belege dem bisherigen Bilde angefügt. Den amerikanischen Schachzug, China zum Verbündeten zu machen, parierte Japan, indem es dem ihm vertrauenden Tuan zunächst die Erhebung der Gegenforderungen einflüsterete. „Peking Gazette“ v. 17. 4. brachte hierüber folgende Enthüllung:

Die von der chinesischen Regierung am 9. Februar unternommene Aktion war ein weiser und meisterhafter Akt in Anbetracht seiner praktischen Stärkung der internationalen Unabhängigkeit Chinas. Unternommen ohne Kenntnis oder Befragung der Tokioter Regierung legte diese es als Abkehr von der Politik aus, die dieses Land von Europa und Amerika zu isolieren bestrebt war. Und von dieser Auffassung der chinesischen Aktion ausgehend, entwickelten die Japaner auf einmal eine auf deren Scheitern abzielende Diplomatie. Ihre Gesandtschaft wurde instruiert, mit den anderen Mitgliedern der Entente zusammenzuwirken, während gleichzeitig Tokio selbst Sonderverhandlungen mit der chinesischen Regierung eröffnete durch die chinesischen Gesandten in Japan und einen japanischen Agenten namens Nishihara, der nach Peking geschickt ward. Der letzte gab an, daß Japan, wenn China auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen folgen lasse, von der Entente die Stundung der Boykottschädigung für drei Jahre und die Erhöhung des chinesischen Zolltarifs auf 5% neben einer japanischen Anleihe von 20 Mill. \$ sichern würde.

Der Premierminister stützte seine Ausführungen im Parlament betreffend die Ententeunterstützung im Falle des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland, auf diese Mitteilung von Nishihara. Er scheint sie als Ententeüberbieten aufgefaßt zu haben, anstatt als mündliche (Schriftliches wurde nicht gegeben) Versicherungen eines japanischen Agenten, dem die nötige Beglaubigung, offiziell seine Regierung binden zu können, fehlte. Demgegenüber erklärte die Entente — auf gewisse Anfragen durch Lu Tseng-hsing im Auftrage der chinesischen Regierung — offiziell nur, daß ein Gesuch des letzteren auf Stundung der Boykottschädigungen und eine Revision des Zolltarifs wie auch auf Änderung des Militärprotokolls über den Aufenthalt chinesischer Truppen nahe Sientjin wohlwollend geprüft werden würde, falls China den Abbruch seiner diplomatischen Beziehungen zu Deutschland avec toutes les extentions nécessaires (mit allen nötigen Konsequenzen) solchen Schritten vollaufen würde. Die chinesische Regierung ließ sich durch den Japaner verleiten, diesen offiziellen Wink der Entente im Sinne von Nishiharas Mitteilung auszulegen. . . .“

Dieselbe Darstellung perfider japanischer Diplomatie erschien auch im „Tokyo Asahi“ Mitte April, und zwar wurde dort hinzugefügt:

„Diese Geheimarbeit der japanischen Regierung erregte bei den verbündeten Regierungen Verdacht wegen ehrgeiziger Absichten Japans und infolgedessen nehmen sie nunmehr eine gleichgültige Haltung gegenüber Chinas Kriegserklärung an. . . . Die Revision des chinesischen Zolltarifs hat nicht nur bei den japanischen Kaufleuten, sondern auch in England Widerspruch gefunden, das angeblich eine schwierige Gegenforderung stellte. Was die Stundung der Boykottschädigung anbetrifft, so sind Rußland und Frankreich dieser Idee am meisten abgeneigt, da dadurch die Russo-Asiatische Bank und

die Bank von Frankreich in China, die fast ausschließlich für die Boykottschädigungs-Geschäfte bestehen, überflüssig gemacht würden. . . . Der Premier ist jetzt in einer schwierigen Lage, da er dem Parlament die Beitrittsbedingungen bereits bekannt gegeben hat.“

Ende Juni mußte Motono im Parlament gestehen, daß Nishihara ihm bekannt und zur fraglichen Zeit in Peking gewesen war, wenngleich er alles übrige natürlich leugnete, womit er keinen Glauben fand.

Etwas einen Monat später deckte Peking Gazette (am 18. 5.) den japanischen Geheimvertrag mit Tuan auf. Der „Selling China“-Artikel, der den Herausgeber des Blattes und Verfasser Eugene Eschen prompt ins Gefängnis brachte, lautete im Auszug:

„Ein schändliches Abkommen steht jetzt zwischen Peking und Tokio zur Verhandlung. Folgendes sind die Tatsachen, die uns von einer verantwortlichen Stelle zu Gehör kamen. Graf Terautski, der japanische Premier, hat der „Chinesischen Regierung“ die Bedingungen eines Geheimvertrages mitgeteilt, bestehend aus zwanzig Punkten. Einer von diesen betrifft eine Anleihe von 100 Mill. Yen, wovon 20 Mill. Yen zur Reorganisation der drei Chinesischen Arsenale unter japanischer Mitarbeit bestimmt sind. Diese Arsenale sind das Kiangnan-Arsenal in Schanghai, das Hanhang-Arsenal in Hankau und das Kunghsien-Arsenal in Honan. . . .“

Der Überschuß von 80 Mill. Yen soll zur Schaffung einer modernen chinesischen Armee verwendet werden. . . .“

In diesem Augenblick sind zwei japanische Agenten in China, Generalmajor Tschikuyasu und ein technischer Sachverständiger Karasaki, begleitet noch von einem Sektionschef des japanischen Kriegsministeriums.

Das gegenwärtige Schema Tuan Tschijuis erscheint als die Vollendung der Pläne Yuan Tschih-kais, aber mit japanischer Unterstützung. Letzterer war zu klug, sich für die japanischen Absichten auf China herzugeben. Dies blieb einem Geist vorbehalten, der an Unwissenheit und Verböhrtheit mit Narren und Knaben wetzert. Das Blatt vergleicht die Bedingungen ferner mit der Gruppe V der berüchtigten 21 Forderungen Okumas.

Am 28. April übrigens meldete Peking Gazette bereits aus Tokio als kleine Notiz die Abreise des Generalmajors Tsuchi, des Direktors des Waffenbureaus des Kriegsministeriums, in einer Mission nach China. Im Japan Advvertiser v. 20. 5. wird ergänzend mitgeteilt, daß Generalleutnant Tanaka, der Vizechef des Generalstabes, Anfang Mai in China gewesen sei. Schließlich sei noch erwähnt, daß etwas später von einer „inneren Flottenanleihe“ von 20 Mill. \$ für den Ausbau der chinesischen Flotte (neue Kreuzer und Schlachtschiffe) die Rede war, und angeblich eine Vorlage des Marineministers ans Parlament bereits eingereicht sein sollte. All dies zusammengehalten mit den Beratungen der Militärkonferenz (ab 25. 4.) in Peking über Heeresreformfragen und dem plötzlichen Umfall vieler Militärs in der Kriegsbeteiligungsfrage läßt an der Tatsache eines weittragenden Geheimabkommens, mögen die Einzelheiten anders gelaute haben, kaum noch einen Zweifel.

Die Verhaftung Eugene Eschens erfolgte, trotzdem er englischer Staatsbürger (allerdings chinesischer Abkunft) in Trinidad geboren und in England jahrelang als Rechtsberater tätig war, trotzdem seine Brüder und Vettern im englischen Heeresdienst standen, wie Putnam Weale zu seinem Schutze schrieb. Das sonst so empfindliche England rührte keinen Finger für ihn, und erst am 8. 6. gelang es, seine Begnadigung zu erwirken. Die Peking Gazette wurde natürlich als deutsches Blatt verdächtigt, wogegen derselbe Putnam Weale sich verwahrt. Neuerdings

soll das in chinesischem Besitz befindliche Blatt in englische Hände verkauft sein.

Unter den wirtschaftlichen Erfolgen Japans in China ist von politischer Bedeutung die Ernennung von Tsao Ju-ling zum Generaldirektor der Bank of Communications. Dieser unterzeichnete seinerzeit den chineisch-japanischen Vertrag v. 9. Mai 1915; ebenso vermittelte er die 5 Mill. \$ Anleihe Japans für die Verkehrsbank. (Echo de Chine v. 30. 5).

Ferner ist die früher bereits erwähnte Notenbankfönozession (10 Mill. \$ halb und halb sinojapanisches Kapital unter japanischer Leitung) zu erwähnen. Allerdings ist nicht zu erkennen, ob diese Chung Hua Sui Noh Bank wirklich zustande gekommen ist; aber es ist zu vermuten, daß sie nunmehr, nach Suans Sieg, in vielleicht veränderter Form verwirklicht wird.

Als drittes Geschäft mag nach „Japan Advertiser“ v. 17. 5. eine beabsichtigte Anleihe von 30 Mill. Yen von der Yokohama Specie Bank für die Konstruktion der Bahn Suping-Tschien bis Tschentschuatun nebst Zweiglinien Erwähnung finden; die Anleihe soll den letzten Kredit, der sich wegen der Materialverteuerung als zu klein erwiesen hat, ergänzen.

Alles in allem sehen wir also Japan die Situation in China beherrschen. Während der ganzen Zeit der Krise und der wiederholten Ausschaltung seines Vertrauensmannes Suan Tschijui hat Japan nach Außen hin seine objektive Reserve gewahrt. Das konnte nur eine Regierung, die sich ihrer Sache sicher war. Und diese Sicherheit schöpfte die japanische Regierung aus ihren geheimen Abmachungen, einmal mit Suan und den chinesischen Generalstabsleuten, zum andern mit England. Wenn auch das japanische Kabinett das Bestehen jeglicher Geheimverträge vor dem Parlament leugnete, so haben doch die Erklärungen, zu denen sich die Regierung von der scharfen Opposition der Kenseikai-Partei (Okuma-Kato-Anhänger) genötigt sah, genügend deutlich das Bestehen solcher Abmachungen durchblicken lassen.

Wir lassen daher jetzt die hochwichtigen Verhandlungen über

Serautshis auswärtige Politik vor dem Parlament

folgen.

Es ist bereits früher betont worden, daß der „non interference“-Grundsatz Serautshi zwang, seine politischen Ziele geheim zu verfolgen, öffentlich aber strenge Zurückhaltung zu zeigen. Diese Politik begünstigte die Okuma-Opposition (Kenseikai-Partei), die sich in ihrer regierungsfeindlichen Agitation vor den Wahlen, die Ende April stattfanden, und bis zum Zusammentritt des neuen Parlaments keine Beschränkung auferlegte. Suans Sturz wurde kräftig ausgenutzt und Okuma wetterte gegen die „Milch- und Wasserpolitik“ Serautshis in China, die Japans politische und wirtschaftliche Stellung dort gefährde.

Die Wahlen brachten infolge starken Regierungsdruckes das Ergebnis, daß die konservativ-agrarisch-nationale Senyufai-Partei, Serautshis Stütze, von 111 auf 159 Vertreter stieg, die gemäßigt liberalen Rokuminto von 29 auf 36, ferner die zur Unterstützung der Regierung bereiten Unabhängigen, neuerdings als „Jinshai“ (Erneuerungspartei) zusammengeschlossen, von 29 auf 36, wogegen Okumas bisher stärkste Kenseikai-Partei von 202 auf 119 Vertreter sank. Trotz dieses Wahlsieges war Serautshis Haltung durch seine Chinapolitik und deren scheinbare Mißerfolge so gefährdet, daß er sich genötigt sah, aus alt-erfahrenen führenden Persönlichkeiten, den Parteihäuptern der drei Parteien und einigen Ministern einen besonderen „diplomatischen Beirat“, direkt zur Beratung des Kaisers im Schlosse seßhaft, zu bilden, was von den Okumaleuten als Flucht vor der Verantwortung gedacht und agitatorisch ausgenutzt wurde.

Auch die amerikanische Note wurde in ähnlicher Weise ausgebeutet, zumal die Zeitung „Washi“, die zuerst darüber berichtete, statt des Originaltextes einfach einen Auszug aus den Glossen der Newyorker „Evening Post“ als Text verbreitete.

Hierneben war es die Frage der Kriegshilfe für die Alliierten, die Entsendung des Kreuzergeschwaders ins Mittelmeer, die viel Anstoß erregte, und schließlich war es die Sorge um die Bewahrung Kiautschous und der Südseeinseln und der Abmachungen mit Amerika, aus deren Ungeklärtheit die Opposition Kapital zu schlagen suchte.

So nahen für das Kabinett mit dem Zusammentritt des Parlaments trotz ihrer Mehrheit kritische Stunden. Auf der Tagesordnung stand ein Mißtrauensvotum der Kenseikai-Partei. Und so entschloß sich denn Serautshi, wenn auch nicht seine Karten aufzudecken, so doch durch einige unmißverständliche Andeutungen das Parlament und die Öffentlichkeit aufzuklären, daß er sich nicht mit ratlosem und tatlosem Zuschauen begnüge.

Aus Serautshis Rede über die auswärtige Politik ist folgendes zu entnehmen („Japan Advertiser“ v. 27. 6.):

1. Chinapolitik: Auf die chinesische Anfrage wegen des Abbruchs der Beziehungen zu Deutschland, der „mit Rücksicht auf die engen Beziehungen zwischen China und Japan“ erfolgte, „antworteten wir China, daß es zu seinem Vorteil sein würde, der Aufforderung der amerikanischen Regierung zu folgen.“

„Vom japanischen Standpunkt angesehen, ist die Tatsache unbestreitbar, daß Deutschland selbst zu gefährlichen Mitteln gegen Japan, und die Verbündeten sowohl aus politischen wie anderen Gründen entschlossen hatten, und daß es tatkräftige Vorbereitungen für die Zukunft zu demselben Zwecke getroffen hatte, so daß es für uns wünschenswert war, daß China auf jeden Fall seine Beziehungen zu Deutschland abbrach.“

Am 14. März erhielt Japan von China die Mitteilung über den „aus humanitären Gründen“ erfolgten Abbruch unter Beifügung, daß die chinesische Regierung keine Bedingungen auf Gegenleistungen an die Ententemächte stelle. Dessenungeachtet hat die chinesische Regierung, ihre Wünsche auf Erhöhung des Zolltarifs, Suspension der Borerentschädigungen und Änderung gewisser damals getroffener Abmachungen zu erwägen. Diese Note erfuhr bei der Kaiserl. Regierung die sorgfältigste Überlegung, aber es konnte China keine Antwort gegeben werden ohne vorherige Zustimmung aller beteiligten Mächte. Einige Meinungen wurden hierüber zwischen den letzteren ausgetauscht, und am 31. März kamen die Vertreter der Fremdmächte in Peking überein, gewisse Beschlüsse in dieser Angelegenheit anzunehmen. Da die Verhandlungen sowohl mit der chinesischen Regierung wie mit den Verbündeten noch schweben, muß ich Sie bitten, sich mit dem Gesagten zu begnügen.

Mußte nach Abbruch der Beziehungen zu Deutschland China noch einen weiteren Schritt gegen diese Macht tun und den Krieg erklären? Die chinesische Regierung mußte prüfen, ob sie diesen Entschluß fassen wollte oder nicht. Ich bedaure es unendlich, daß China noch keine endgültige Lösung erreicht hat infolge politischer Streitigkeiten rein innerer Art. Diese Frage hat große Be-

deutung für beide, Japan wie China, und ebenso für die verbündeten Mächte der Entente. Es handelt sich darum, von Grund aus die Gefahren, die die Macht unseres gemeinsamen Feindes gegen den Frieden und die Ruhe des fernen Ostens in Bewegung setzt, zu beseitigen. Ich wünsche sehr, daß die Staatsmänner unseres Nachbarstaates fähig sind, die gegenwärtige innere Krise sobald als möglich beizulegen und die Frage des Eintritts Chinas in den Krieg zu entscheiden. Wenn China entschlossen diese Entscheidung trifft und sich frei der Verteidigung der heiligsten Rechte der ganzen Menschheit annimmt, bin ich fest überzeugt, daß China sich die Achtung und Sympathien aller Mächte, die für den Triumph der großen gemeinsamen Sache fechten, erwerben wird.“

2. Stellung zu Rußland: „Sie kennen die besonders herzlichen Beziehungen, die niemals aufgehört haben, zwischen Rußland und Japan zu existieren. Die großen gemeinsamen Interessen, die beide Länder im fernen Osten besitzen, sind die Basis dieser Ententeordiale gewesen. Welche Regierungsform auch die große russische Nation annimmt, die dauernden Interessen, die als Basis aller Abmachungen, die wir mit Rußland gezeichnet haben, können nicht verschwinden.“
3. Stellung zu den Vereinigten Staaten: „Ich freue mich sehr, sowohl für Japan wie für die Vereinigten Staaten, daß infolge des Kriegseintritts unseres großen Nachbarn . . . und der Tatsache, daß unsere beiden Länder eng gegen den gemeinsamen Feind zusammenarbeiten werden, die herzlichen Beziehungen, die zwischen beiden Ländern bestehen, enger und enger werden zum beiderseitigen Vorteil.“

Die Freundschaftskundgebungen gegenüber Rußland und den Vereinigten Staaten sind eher verdächtig als überzeugend. Zur Chinapolitik gab aber Terautsch in der Budgetkommission kurz darauf auf eine oppositionelle Anfrage die Erklärung ab, daß die Regierung nicht Zuschauer in Chinas gegenwärtiger politischer Lage war, wie behauptet sei, sondern sich bemühte, „unsere Nachbarrepublik in ihren nationalen Angelegenheiten auf den rechten Weg zu führen“.

Am 30. Juni kam die Opposition auf dieses schwerwiegende Eingeständnis im offenen Parlament zurück (durch Ozaki, Renseikai-Partei): „Es war eine unverantwortliche (reckless) Feststellung des Premiers, von einer Nation zu sagen, daß seine Nation die andere dirigieren und führen werde. Das war eine Beleidigung der Nachbarnation.“

Von nicht minderer Bedeutung ist ein anderer Ausdruck Terautschs in der Budgetkommission. Als ihm nämlich seine Unterstützung der Militaristen in China gegen die Demokraten vorgehalten wurde in einer Zeit, da „die Demokratie in allen Teilen der Welt die Autokratie überwindet“, während „in China und Japan noch die Bürokratie über freiere politische Ideen herrsche“, konstatierte Terautsch, daß er solche politischen Tendenzen in der Welt nicht erkennen könne“. Das ist eine Kritik der Verbandsphrasen aus berufenstem Munde, die festgenagelt werden muß.

Wegen der Kreuzerentsendung ins Mittelmeer griff Chinada (Renseikai) in der Budgetkommission die Regierung an. Sie habe kein Recht dazu, da dort an japanischen Schiffen nur von fremden Reedern oder Regierungen

gecharterte Schiffe führen. Die ganze japanische Flotte müßte für die Verteidigung des Landes bereitgehalten werden.

Motono (Auswärtiger Minister) erwiderte:

„Seit Japan dem Londoner Abkommen gegen einen Sonderfrieden zustimmte, mußte Japan jeden möglichen Schritt tun, der notwendig war, um den gegenwärtigen Krieg zu einem Siege der Verbündeten über die Zentralmächte zu gestalten. Die Entsendung der Flotte ins Mittelmeer ist einer von solchen Schritten.“

Diese Erklärung deckt die Wurzeln der jetzigen Bündnistreue Japans auf. Damals verquideten England und Japan offenbar ihre Geschicke aufs neue derart, daß Japan im Weltkriege aufs englische, England in Ostasien aufs japanische Pferd seinen ganzen Einsatz wagte.

Zur Frage der deutschen Kolonien Kiautschau und Südseeinseln, mußte sich Motono am 27. 6. im Parlament erklären. Auf verschiedene Anfragen antwortete er:

„Ich kann nicht öffentlich frei über Friedensaussichten sprechen. Verschiedene Gerüchte gingen um über die vermutlichen Bedingungen, unter denen die Kriegführenden Frieden schließen würden. Aber bisher sind keine konkreten Erklärungen in dieser Hinsicht gegeben. Die japanische Regierung fühlt, daß die Zeit drängt, um von den Friedensbedingungen zu sprechen, aber seit der Grundsatz „keine Entschädigungen, keine Annexionen“ durch einen Teil des russischen Volkes vorgeschlagen wurde, fühlen sich manche Japaner beunruhigt über die Zukunft Singtaus und der Südseebesitzungen, die Japan von Deutschland eroberte. Die Regierung macht indes jede mögliche Anstrengung, unsere Rechte im Pazifik zu wahren und ich glaube zuversichtlich, daß die Regierung sie niemals enttäuschen wird bei der Bestimmung über diese Gebiete auf der Friedenskonferenz.“ Kritisch fragt Tokio Asahi: „Die Erwartungen des Grafen Motono bezüglich Kiautschau und der Südseeinseln können allein die Motonos sein. Es besteht dafür keine öffentliche Garantie.“

Bedeutung ist der Vorschlag von Mochizuki (Renseikai) in der Budgetkommission, die Philippinen gegen die Südseeinseln einzutauschen. Das geradsinnige amerikanische Volk würde wohl das Tauschgeschäft machen wollen. Wenn Japan die Philippinen gegen die Karolinen-, Marschall- und anderen Inseln erhalten könne, würden manche der jetzt zwischen Amerika und Japan schwebenden Differenzen entfernt werden. Graf Motono erwiderte, daß er „die Anregung Mochizukis mit Interesse angenommen hätte“, aber er fügte hinzu, daß seit seiner Ernennung zum Auswärtigen Amt vor einigen Monaten die Beziehungen zwischen Japan und Amerika sich sehr verbessert hätten. Es gäbe keinen Konfliktstoff zwischen den Interessen der beiden Nationen. Demgegenüber betonte Mochizuki nochmal, daß von Amerikas Seite der größte Argwohn gegen Japan herrsche.

Im vorhergehenden konnte der große Zusammenhang der auswärtigen Politik Japans, in deren Zentrum wieder China liegt, nur gestreift werden. Es muß einer anderen Gelegenheit vorbehalten bleiben, die außerpolitischen Erörterungen zu kennzeichnen, die die neuere Gestaltung der Weltlage, russische Revolution, Amerikas Kriegseintritt und vor allem der U-Bootkrieg ausgelöst haben. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß der U-Bootkrieg zu einer Explosion Japans nach außen drängt. Denn infolge wachsender See- und Landtransportkrise, der

finanziellen Krise durch Inflation, der von den Verbündeten immer noch verschärften Aus- und Einfuhrbehinderungen und Verbote steht. Japan jetzt in einer schweren Wirtschaftskrise, deren Lösung unter Umständen nur in einer militärischen Be-

tätigung nach außen erblickt werden könnte. Hier liegen unabsehbare Möglichkeiten für die Entwicklung der Lage im fernen Osten. Für uns freilich könnte nur indirekt daraus Vorteil zu erwarten sein.
Dr. P. Heile

Bergwerks- und Hüttenwesen in Korea

„Board of Trade Journal“ veröffentlicht unter dem 19. Juli einen Bericht des englischen Vize-Konsuls in Seoul, Mr. P. D. Butler, über die Koreanischen Bergwerke und Metallschmelzereien, den wir nachstehend in seinen Hauptpunkten wiedergeben:

Das wichtigste Mineral Koreas war bisher das Gold und es kann angenommen werden, daß das auch in Zukunft so bleiben wird, obgleich der Generalgouverneur und japanische Kapitalisten neuerdings auch anderen Mineralien ihre Aufmerksamkeit zuwenden, wie z. B. dem Kupfer, Eisen, Zungstein und der Anthrazitkohle. Die Fachleute tun alles, um die Entwicklung der Bergwerksindustrie des Landes zu fördern und japanische Finanzleute legen große Kapitalien darin an.

Die wertvollsten der bis jetzt bekannten Erzlager befinden sich im Nordwesten Koreas, besonders in South-Heian und der Provinz Kofai. Dieser Distrikt wird wahrscheinlich auch der Mittelpunkt der koreanischen Bergwerke werden; er besitzt Lagerstätten an Kohlen und Eisen, hat guten Zugang zur See und verfügt zugleich über die besten Arbeitskräfte Koreas, da der Nord-Koreaner leistungsfähiger ist, als der des Südens. Minerallagerstätten sind jedoch im ganzen Lande vorhanden und kürzlich wurden wieder im Nordosten und im Süden ausichtsreiche Lager entdeckt.

Statistische Angaben über die Produktion für 1916 sind nicht zu erlangen, aber auf Grund vorhandener Zahlen lassen sich die Ergebnisse immerhin mit einer ziemlichen Genauigkeit errechnen. Durch Zusammenziehung der Wertziffern für die Goldbarren und der ausgeführten mineralischen Produkte ergibt sich die Summe von 2 610 029 £, die wahrscheinlich nicht weit hinter dem wirklichen Wert zurückbleiben wird. Das würde eine Zunahme um 1 000 000 £ bedeuten gegenüber dem Jahre 1915 und die Zahlen für 1917 dürften sicher eine weitere Steigerung zeigen.

Alle Goldbarren erhält die japanische Münze, ebenso geht die ganze übrige Mineral-Produktion nach Japan mit Ausnahme vom Feingold, das teilweise zur weiteren Behandlung nach den Vereinigten Staaten gefandt wird, und etwa $\frac{2}{5}$ von Graphit und Zungstein, welche, obgleich erst nach Japan verschifft, doch bisher hauptsächlich für die Vereinigten Staaten bestimmt waren.

Gold. Im Jahre 1916 wurde von Korea Gold in Barren im Werte von £ 1 560 014 ausgeführt, dem noch der Wert des ausgeführten Golberzes und Feingoldes im Werte von £ 110 972 hinzugefügt werden muß. Der Wert der ausgeführten Goldbarren zeigte eine Erhöhung von 30 % gegen 1915 und von 55 % gegen 1914. (Es werden die Ausfuhrzahlen gegeben, da dieselben zuverlässiger sind, wie die der Produktion, die auf den Angaben der Bergwerksbesitzer für die Steuerabgaben beruhen.)

Um den überwiegenden Anteil anzudeuten, den die den Fremden gehörigen Bergwerke an der Goldproduktion des Landes haben, wird bemerkt, daß der Goldwert der Produktion dieser Minen etwa 1 100 000 £, also nicht viel weniger als 75 % der ganzen Ausbeute beträgt. Von dem Rest von etwa 500 000 £ entfällt der größte Teil auf die den Koreanern gehörigen zahlreichen Minen, die in kleinen Betrieben über das ganze Land verbreitet sind und oft gute Resultate ergeben. Beinahe alle Goldminen sind ursprünglich von Koreanern entdeckt, die in dieser Hinsicht entschiedenes Talent entwickelt haben.

Es gibt in Korea augenblicklich zwei besonders ertragreiche Goldminen. Die eine derselben, die älteste und größte des Landes,

liegt im Unsan-Distrikt der Provinz South Heian, die andere im Suan-Distrikt in der Provinz Kofai. Zwei andere sind ebenfalls recht lohnend, nämlich die Minen in Chifsan in der Provinz Keiki und im Chojo-Distrikt der Provinz Nord-Heian. Außerdem gibt es noch eine große Menge, die in kleinen Betrieben entweder schon ausgebeutet werden, oder die sich noch im Anfangsstadium befinden. Der Anteil der unter japanischer Kontrolle stehenden Minen an der Goldproduktion des Landes ist noch nicht sehr bedeutend. Das General-Gouvernement hat sich das Recht reserviert, sämtliche Minen, die in gewissen Distrikten im Norden und Osten gefunden werden, auszubenten. Keine dieser Minen hat bis jetzt mit der Produktion begonnen, aber die Aussicht auf spätere erfolgreiche Ausbeutung ist vorhanden.

Kohle. Die ganze Produktion von Kohle in Korea in 1916 betrug etwa 190 000 tons, von denen 122 640 tons exportiert wurden. Es ist hauptsächlich Anthrazit, aber auch beträchtliche Mengen von Braunkohle konnten gefördert werden. Die wichtigsten Kohlen-Minen liegen bei Heijo (Pheng-hang) in Süd-Heian; diese förderten 161 766 tons Anthrazit. Nach amtlichem Bericht sind die Kohlen-Reserven als sehr groß bekannt. Eine andere sehr vielversprechende Mine ist die bei Anja in Süd-Heian, die im Jahre 1916 21 204 tons förderte. Es gibt ferner sieben kleinere Kohlenbergwerke, sämtlich in der Provinz Nord-Kankho, die alle von einzelnen Japanern ausgebeutet werden und die im Durchschnitt 1916 nicht mehr als 25 000 tons förderten. Kürzlich hat sich eine neue Gesellschaft gebildet, um Anthrazit-Minen in der Provinz Süd-Heian auszubenten. Diese sollen 3 000 000 tons Anthrazit enthalten. Außer den obengenannten sind noch sechs andere Orte (außer einem, alle in South-Heian gelegen) bekannt, doch bis jetzt noch nicht erschlossen.

Eisen. Während der letzten beiden Jahre hat die Eisengewinnung in Korea große Fortschritte gemacht. Die Produktion betrug in 1916 245 418 tons. Es ist bemerkenswert, daß die wichtigsten Kohlen- und Eisenbergwerke im Nordwesten liegen, mit Heijo (Pheng-hang) als Mittelpunkt. Die Koreanischen Eisenbergwerke haben gewöhnlich sehr weit ausgebeutete Adern, und obgleich die Qualität des Erzes minderwertig ist — sie ergibt nur 50 % Eisen — so wird dies durch die Weite und Anzahl der Adern reichlich wieder aufgewogen. Ein japanischer Beamter soll sich in der lokalen Presse dahin geäußert haben, daß der Reichtum an Eisen in Korea eventuell Japans Bedürfnisse darin völlig zu befriedigen imstande sein würde. Die Industrie hat unzweifelhaft eine glänzende Zukunft, und unter verbesserten Transportmöglichkeiten kann eine starke Steigerung der Eisenerzförderung vorhergesagt werden.

Kupfer. In 1916 produzierte Korea etwa 12 700 tons Kupfer. Die größten und ergiebigsten Kupferlager, die bisher erschlossen und ausgebeutet sind, befinden sich in Kapsan, Provinz Süd-Kankho. Eine andere ist in Huchang (Kosho) Provinz Nord-Heian, im äußersten Norden Koreas, nur wenige Meilen vom oberen Jalu-Flusse entfernt. Außer diesen beiden Minen werden eine Anzahl kleinerer Lager auf primitive Weise ausgebeutet, außerdem hat die Lokalpresse kürzlich die Entdeckung wichtiger Kupferlager in der Provinz Süd-Chusei, im südlichen Teile der Halbinsel angezeigt. Die Ausbeutung derselben soll mit vielversprechenden Resultaten begonnen haben.

Zungstein. Vor Ausbruch des Krieges wurden die Zung-